

Region

«Die Jungsozialisten provozieren mit Extrempositionen. Ich nicht»

Jonas Lüthy Gerade erlebt der Basler als Präsident der Jungfreisinnigen einen Hype. Im Gespräch spricht er unter anderem über seinen Politstil, den Fall Frank Urbaniok oder das Staatswachstum, das er bremsen will.

Benjamin Wirth

Als Jonas Lüthy für dieses Gespräch in die BaZ-Redaktion am Aeschenplatz kommt, hat die «Neue Zürcher Zeitung» soeben geschrieben, dass er als einer der prägenden Politiköpfe des Jahres gelte. Als «Aufsteiger» wird er im Artikel bezeichnet, als einer mit «erfrischend kantigen» Ansichten – zwar erst 23 Jahre alt, doch Debattieren und Politisieren könne er bereits «wie ein Profi».

Tatsächlich macht der Basler, seit rund zwei Jahren Präsident der Schweizer Jungfreisinnigen, gerade fleissig von sich reden: Er betreibt etwa Abstimmungskampf für ein Ja zur Halbierungsinitiative oder setzt sich mit Verve gegen den Stellenwucher beim Staat ein. Lüthy selbst sagt es so: «Ich habe viel Freude daran, die etablierte Politik aufzumischen.»

Jonas Lüthy, als unser Fotograf zuvor fragte, ob Sie für das Bild die Arme verschränken könnten, verneinten Sie auch mit der Begründung: Das sei die Sprache der Juso. Wie meinen Sie das?

Die Pose gänzlich den Juso zuzuschreiben, würde zu weit gehen. Aber ein Foto mit verschränkten Armen und grimmigem Blick steht sinnbildlich für Unversöhnlichkeit und Konfrontation. Das mag das Prinzip der Jungsozialisten sein, meines ist es nicht. Gute Politik lebt davon, nach dem besten Argument zu suchen – den Willen dazu muss man ausstrahlen.

Klammert man die jüngste Niederlage bei der Erbschaftssteuerinitiative einmal aus, muss man aber anerkennen, dass die Juso eine erfolgreiche Jungpartei sind. Sie hat viele Talente hervorgebracht. Müsstent Sie nicht eher von ihr lernen?

Warum? Wir sind erfolgreich, sind die Jungpartei mit den meisten kantonalen Initiativen, mit denen wir unter anderem einen Steuerrabatt für die Bevölkerung oder eine digitalere Verwaltung fordern. Kommt dazu: Unsere letzte nationale Initiative, die Renteninitiative, hat 55 Prozent mehr Stimmbürger überzeugt als die Jungsozialisten mit ihrer unsäglichen Erbschaftssteuer.

Gut, aber auch Sie fallen immer wieder mit pointierten Aktionen auf. Kürzlich bewarben Sie sich um die Nachfolge für das Präsidium der Operation Libero. Offenbar macht Ihnen die Provokation ebenfalls Spass.

Provokation ist für uns als Jungpartei ein notwendiges Mittel. Aber es gibt verschiedene Arten davon. Die Jungsozialisten provozieren mit inhaltlichen Extrempositionen. Ich setze hingegen eher auf stilistische Zuspitzung.

Warum sollte das hilfreich sein?



«Provokation ist ein notwendiges Stilmittel»: Jonas Lüthy. Foto: Pino Covino

«Wer Widerspruch äussert, sollte argumentativ widerlegen – nicht canceln.»

Gerade liberale Kräfte stehen vor einer bekannten Schwierigkeit: Sie leisten fundierte Sacharbeit, tun sich aber oft schwer, komplexe Inhalte an die breite Öffentlichkeit zu bringen. Eine gezielte stilistische Akzentuierung hilft im lauten medialen Umfeld, überhaupt Gehör zu finden, und schafft so den Raum, um danach über Inhalte zu sprechen. Als wir uns um das Präsidium der Operation Libero bewarben, haben wir etwa eine Debatte über den Liberalismus angestossen. Heute nennt sich zu vieles liberal.

Konkretisieren Sie, bitte.

Die Inhalte der Operation Libero reichen von ihrer gescheiterten Europa-Initiative mit den Grünen bis zur Unterstützung der gefährlichen Konzernverantwortungsinitiative. Wie auch die Grünliberalen hat sich die Organisation im Zeitgeist verheddert. Wir stehen hingegen für einen verantwortungsbewussten Liberalismus ein: Wir setzen uns für einen schlanken, handlungsfähigen Staat ein, kämpfen dafür, dass das Verwaltungswachstum gebremst und die Meinungsfreiheit geschützt wird.

Die Meinungsfreiheit gerät aber auch in der Schweiz unter Druck. Der bekannte forensische Psychiater Frank Urbaniok wollte zum Beispiel bei Orell Füssli in der Freien Strasse in Basel sein migrationskritisches Buch vorstellen, wurde jedoch von Linksextremen gecancelt.

Ein ungeheuerlicher Vorgang! Für die Demokratie und un-

sere freie Gesellschaftsordnung ist es existenziell, dass Meinungen geäussert werden dürfen, auch wenn sie den Überzeugungen anderer widersprechen. Wer Widerspruch äussert, sollte argumentativ widerlegen – nicht canceln. Ich habe Frank Urbaniok nach dem Vorfall an den Kongress der Jungfreisinnigen eingeladen, an dem er demnächst vor rund 300 Leuten über sein Buch sprechen wird. Wir werden es bestimmt kontrovers diskutieren.

Aber von der FDP hat man bis heute nichts zum Fall gehört. Wo war der Aufschrei der Partei, die permanent behauptet, sich für die Freiheit einzusetzen – gerade in Basel-Stadt?

Für das gibt es die Jungfreisinnigen. (lacht) Nein, es ist ein Armutzeugnis für unsere Debatte, wenn solche Angriffe auf die Meinungsfreiheit ohne breite Gegenwehr bleiben. In der Pflicht standen aber alle Parteien, von der SP bis zur SVP.

Sehen Sie es als Ihre Aufgabe, auch der FDP zu erklären, was Liberalismus bedeutet?

Wenn es erforderlich ist, übernehmen wir diese Rolle durchaus, ja.

Im Gegensatz zur FDP sind die Jungfreisinnigen für das Ständemehr bei den EU-Verträgen. Und während der Freisinn bei der Halbierungsinitiative gespalten ist, kämpfen Sie für ein Ja. Warum gehen Sie Ihrer Mutterpartei derart auf die Nerven?

Tun wir das? Ich stelle fest, dass die differenzierte Arbeit der Jungfreisinnigen innerhalb der FDP geschätzt wird. Wenn bei uns Bedenken aufkommen, weil mit den EU-Verträgen zusätzliche Fehlanreize für die Zuwanderung in den Sozialstaat geschaffen werden, gibt es viele, die das teilen. Und wenn die Jungfreisinnigen dafür einstehen, dass mit der Halbierungsinitiative die SRG zur Fokussierung auf das Wesentliche gezwungen wird, wird das respektiert.

Sprechen wir über Basel-Stadt: Sie haben nicht nur national, sondern auch hier eine Volksinitiative lanciert, durch die das Verwaltungswachstum gebremst werden soll. Warum ist das nötig?

Gerade in Basel-Stadt gibt es die Tendenz, dass die Politik alles Mögliche mit Geld und neuen Posten angehen will. Ich mache Ihnen ein Beispiel: Die Basler Regierung hat erst vor ein paar Wochen eine neue Stelle beantragt, deren Auftrag es sein soll, die Staatsangestellten zu motivieren, den Arbeitsweg möglichst mit dem Velo, dem öffentlichen Verkehr oder zu Fuss zu bewältigen. Ein Velo-Animator. Das ist doch verrückt.

Nun, deshalb von einem «überbordenden Verwaltungswachstum» zu sprechen, ist aber auch ein bisschen übertrieben, oder? Selbstverständlich nicht nur deshalb. Es ist denn auch kein Einzelfall: In Basel-Stadt ist die Zahl der Vollzeitstellen in der Verwal-

«Das Wachstum der Verwaltung ist gewaltig aus der Balance geraten, und dies auf Kosten der Steuerzahler.»

tung zwischen 2014 und 2024 um über 21 Prozent gestiegen. Im selben Zeitraum ist die Bevölkerung aber nur um knapp 6 Prozent gewachsen. Für 2025 sind gegenüber dem Vorjahr bereits wieder fast 200 Vollzeitäquivalente hinzugekommen. Das Verwaltungswachstum ist gewaltig aus der Balance geraten, und dies auf Kosten der Steuerzahler.

Man kann entgegnen: Ein starker öffentlicher Dienst bleibt die Grundlage für einen funktionierenden Rechtsstaat.

Dem widerspreche ich nicht. Stark soll der Staat sein, aber nicht aufgeblasen. Unsere Initiative trägt dem Rechnung. Mit ihrer würde die Anzahl der Verwaltungsstellen mittelfristig höchstens noch gleich stark wachsen wie die Bevölkerung. Die Basler Politik wäre dann gezwungen, bei der Schaffung neuer Stellen Prioritäten zu setzen. Das wäre dringend notwendig, denn mit hohen Löhnen und einer stetig wachsenden Zahl von Stellen entzieht der Staat der Privatwirtschaft auf allen Ebenen Arbeitskräfte, verschärft damit den Fachkräftemangel und schwächt die Wertschöpfung unseres Landes.

Übertreiben Sie nicht ein wenig? Immerhin ist die Schweiz noch immer eine der stabilsten Wirtschaften der Welt.

Natürlich ist die Schweiz nicht das internationale Schlusslicht, wenn es um ausufernde Bürokratie geht. Von der Weltspitze sind wir dennoch weit entfernt – obwohl das unser Anspruch sein sollte. Eine Studie des IFO-Instituts zeigt, dass ein Reformschub mit einer breiten Entbürokratisierung die Wirtschaftsleistung pro Kopf innert zehn Jahren um rund 5 Prozent steigern könnte.

Gerade in dieser krisengeplagten Zeit wollen die Leute vielleicht vom Staat an der Hand genommen werden.

Diese Tendenz ist tatsächlich feststellbar. Um den Bogen zurück nach Basel zu schlagen: Die aktuelle Forderung nach einem Direktabzug bei den Steuern fügt sich genau in diese Haltung ein. Die Steuerpflichtigen werden entmündigt. Ich hoffe, dass die Bevölkerung diesen Irrweg korrigiert.